

Schweiz

92

Zusammenfassung der Ergebnisse

1. BETEILIGUNG DER INDUSTRIE AN DER POLITIKENTWICKLUNG

Die Schweiz hat das FCTC nicht ratifiziert und verfügt über keine formellen Regeln gegen die Beteiligung der Tabakindustrie an der öffentlichen Gesundheitspolitik, so dass Bundesbeamte in Schlüsselpositionen die Interessen der Tabakindustrie in politischen Diskussionen vertreten können. Darüber hinaus sind Regierung, Verwaltung und Gesetzgeber offen für Inputs der Tabakindustrie zu Politik- und Gesetzesentwürfen, so dass die Industrie im politischen Prozess gut repräsentiert ist. Die Mitwirkung ermöglicht der Tabakindustrie, Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu verwässern oder zu stoppen.

2. CSR-AKTIVITÄTEN DER INDUSTRIE

Der Bundesrat hat keine Richtlinien, die Bundesämter oder einzelne Beamte daran hindern, Partnerschaften mit der Tabakindustrie einzugehen oder Sponsoringangebote anzunehmen. Besonders deutlich wurde dies nach dem Skandal um die Dubai Expo 2020 mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und Philip Morris. Auch auf kommunaler Ebene gab es zahlreiche weitere Vorfälle, bei denen multinationale Unternehmen wie PMI, BAT und JTI verschiedene CSR-Aktivitäten in den Kantonen Genf, Jura und Waadt finanzieren.

3. VORTEILE FÜR DIE INDUSTRIE

Indem die Schweiz es versäumt, das FCTC zu ratifizieren, profitiert die Tabakindustrie in hohem Masse von den minimalen und nicht umfassenden Bundesgesetzen zur Tabakkontrolle, die es ihr ermöglichen, das Land als politische

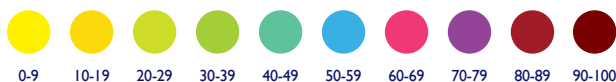
Spielwiese sowie als Marketinglabor zu nutzen. Ein grosser Sieg der Tabakindustrie ist beispielsweise die seit 2013 eingefrorene Besteuerung von Tabakprodukten, die weit unter dem von der WHO empfohlenen Niveau liegt (60,3 % in der Schweiz gegenüber den von der WHO empfohlenen 75 %). Gegenwärtig kann die Tabakindustrie ihre Produkte in der Schweiz praktisch ungehindert vermarkten, was sie für junge Menschen besonders attraktiv macht. Dieses Regulierungsvakuum wird von der Tabak- und Nikotinindustrie ausgenutzt, um die Schweiz mit neuen Produkten zu überschwemmen, seien es erhitzte Tabakprodukte, eine grosse Auswahl an E-Zigaretten, einschliesslich Juul, sowie Nikotinbeutel mit extremen Nikotinkonzentrationen und Snus.

4. UNNÖTIGE BEEINFLUSSUNG

Hochrangige Regierungsmitglieder, darunter der derzeitige Aussenminister Ignazio Cassis, nehmen an Treffen oder anderen gesellschaftlichen Aktivitäten teil, die von der Tabakindustrie organisiert oder zumindest teilweise gesponsert werden. Diese Veranstaltungen verschaffen den Vertretern der Tabakindustrie Zugang zu politischen Entscheidungsträgern und bieten ihnen die Möglichkeit, ihre Marktexpansionsinteressen voranzutreiben, wie der Sponsoringvertrag mit PMI für die Eröffnungsfeier der Schweizer Botschaft in Moskau zeigt.

5. TRANSPARENZ

Es gibt kein Gesetz oder verlässliches System, das Regierung, Verwaltung und Parlament vorschreibt, Treffen oder Interaktionen mit der Tabakindustrie sowie Zuwendungen der



Tabakindustrie offenzulegen. Dasselbe trifft auf die Tabakindustrie zu. Auch die Protokolle der entsprechenden Sitzungen werden nicht veröffentlicht. Zwischen 2019 und 2021 fanden indes eine Reihe von Treffen der Tabakindustrie mit Regierungsvertretern statt, die nicht unbedingt erforderlich waren. Als Ergebnis konnten theoretisch Spenden und Sponsorenverträge mit der Tabakindustrie abgeschlossen werden, wobei Einzelpersonen nicht verpflichtet sind, etwaige Verbindungen zur Tabakindustrie offenzulegen.

6. INTERESSENKONFLIKT

Auf Bundesebene gibt es in der Schweiz keine nationale Gesetzgebung, die jegliche Art von Beiträgen der Tabakindustrie an politische Kandidaten, Parteien oder Kampagnen verbietet oder die vollständige Offenlegung solcher Beiträge vorschreibt. Sie ist das einzige Land im Europarat, das keine Gesetze zur Regelung der politischen Finanzierung erlassen hat.

Die Verbindungen zwischen den im politischen Bereich tätigen Personen und der Tabakindustrie sind oft komplex und schwer nachzuvollziehen, da sie im Allgemeinen nicht öffentlich gemacht werden. Es konnten jedoch Staatsbedienstete und andere Personen aus dem Politbetrieb ausfindig gemacht werden, die jetzt Teil der Tabakindustrie sind, wie z. B. Thomas Borer, ehemaliger Schweizer Botschafter, sowie Christophe Berdat, ehemaliger Generalsekretär der Liberalen Partei der Schweiz, der in der politischen Partei angestellt war.

7. PRÄVENTIVE MASSNAHMEN

Die Schweiz schneidet im Bereich der Präventivmassnahmen sehr schlecht ab. Die Schweizer Regierung hat keine Massnahmen eingeführt und ist auch nicht im Begriff, solche zu entwickeln, die die Offenlegung von Aufzeichnungen über Interaktionen mit der Tabakindustrie vorschreiben. Sie hat weder einen Verhaltenskodex mit Standards für den Umgang mit Vertretern der Tabakindustrie verabschiedet oder formuliert, noch eine Politik, die von der Tabakindustrie verlangt, periodisch Informationen über verschiedene politische und Marketingmassnahmen vorzulegen. Es gibt auch kein Programm zur konsequenten Sensibilisierung für die Richtlinien nach Artikel 5.3 innerhalb der Regierungsstellen.

“

Indem die Schweiz es versäumt, das FCTC zu ratifizieren, profitiert die Tabakindustrie in hohem Masse von den minimalen und nicht umfassenden Bundesgesetzen zur Tabakkontrolle, die es ihr ermöglichen, das Land als politische Spielwiese sowie als Marketinglabor zu nutzen. ”

Empfehlungen

Es ist unmöglich, Tabakprodukte auf eine Art und Weise zu produzieren, zu vermarkten und zu verkaufen, die mit der öffentlichen Gesundheit oder der Agenda 2030 der Vereinten Nationen vereinbar ist und mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung im Einklang steht.

Die Tabakindustrie setzt in der Schweiz wie auch im Rest der Welt subtile und verdeckte Strategien ein, um der wissenschaftlichen Forschung, der öffentlichen Gesundheit und der Tabakkontrollpolitik entgegenzuwirken. Ihr gut organisiertes nachrichtendienstliches Netzwerk und ihre enormen finanziellen Ressourcen ermöglichen es ihr, sicherzustellen, dass ihre Interessen nicht behindert werden. Die Tabakindustrie ist sich ihrer geringen Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit bewusst; daher bleibt sie diskret und vertraulich und bedient sich der Hilfe und Unterstützung aus anderen Branchen, insbesondere von Politikern. In der Schweiz hat sie die Schweizer Tradition der Konsensdemokratie geschickt ausgenutzt, indem sie den Prozess der politischen Debatte und der öffentlichen Anhörung nutzte, um Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu verwässern oder zu stoppen, wodurch sichergestellt wurde, dass die dominante und beständige Rolle der Tabakindustrie in der Tabakkontrollpolitik weitgehend übersehen wurde. Die Fähigkeit der Tabakindustrie, Debatten über Tabak von der öffentlichen Gesundheit fernzuhalten, zeugt von ihrem Erfolg, ebenso wie die steigende Prävalenz des Rauchens unter Jugendlichen und Frauen.

Die Gesundheits- und Umweltrelevanz des Tabaks muss in der öffentlichen Diskussion aufrechterhalten werden, damit sie von möglichst vielen Menschen über einen längeren Zeitraum berücksichtigt werden kann. Insbesondere im politischen Bereich werden eine offene Diskussion und das Wissen um die Taktiken der Tabakindustrie den Einfluss der Industrie begrenzen. Die Fürsprecher der öffentlichen Gesundheit in der Schweiz müssen eine ähnlich strategische und langfristige Taktik anwenden, wenn möglich, indem sie professionelle Lobbyisten,

Public-Relations- und Public-Policy-Spezialisten einsetzen. Viele Gegenstrategien wurden in anderen Ländern erfolgreich eingesetzt und müssen an die Schweiz angepasst werden. Die Regierung und Nichtregierungsorganisationen müssen immer wieder auf die Schäden hinweisen, die die Tabakindustrie für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt mit sich bringt. Es muss ein System zur regelmässigen Sensibilisierung für die Richtlinien nach Artikel 5.3 eingeführt werden. Entsprechende politische Aktivitäten sollten umfassen.

- Einführung von Massnahmen zur Begrenzung politischer Interaktionen mit der Tabakindustrie,
- Forderung, dass alle Interaktionen mit der Tabakindustrie auf allen Regierungsebenen auf möglichst systematische und transparente Weise vollständig offengelegt werden,
- Sicherstellung, dass der Tabakindustrie auf allen Regierungsebenen keine Anreize, Privilegien oder Vorteile für die Gründung oder den Betrieb ihrer Unternehmen gewährt werden,
- Sicherstellung, dass die Tabakindustrie von der Mitwirkung an der Festlegung der öffentlichen Gesundheitspolitik ausgeschlossen wird.

Darüber hinaus muss die Schweiz eine umfassende nationale Strategie zur Eindämmung des Tabakkonsums verabschieden, in der die vollständige Umsetzung des WHO-FCTC dargelegt wird. Die gegenwärtigen nationalen Gesundheitsstrategien zu nicht übertragbaren Krankheiten und zur Sucht sind zu allgemein, und berücksichtigen nicht die Bedeutung des Tabakkonsums für die öffentliche Gesundheit und den Einfluss der Tabakindustrie. Die Entwicklung von Projekten durch den Tabakpräventionsfonds in der Schweiz, die für Artikel 5.3 des FCTC relevant sind, ist entscheidend, um eine Änderung des Status quo zu fördern. Insbesondere die Anwendung der Leitlinien für die Umsetzung von Artikel 5.3 des Übereinkommens wird eine übergreifende Wirkung auf die Schweiz haben.